

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—öK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Nationalverbändlerische Konfusion.

Die Budgetdebatte dauert erst zwei Tage, aber schon bisher bot sie eine Fülle des Lehrreichen. Vor allem enthielt sie die Schaukelpolitik des Deutschen parlamentarischen Verbandes in schier noch nie dagewesener Weise. Vier Redner dieser glorreichen Vereinigung stiegen bisher in die Arena, aber jeder produzierte sich auf seine Art und sagte so ziemlich das Gegenteil des anderen. Der Deutsche parlamentarische Verband erblickt bekanntlich die Hauptbedingung seines Bestandes darin, daß er die einheitliche nationale Kampffront darstellen soll, aber man fragt sich vergeblich, wo denn diese Einheitlichkeit des nationalen Kampfes, ja auch nur die Einheitlichkeit in der Beurteilung der nationalen Dinge zum Ausdruck kommt? In den Reden und Auffassungen der Redner des Verbandes und ihrer Zeitungen sieht man nicht, Scharfbar lebt diese mysteriöse Einheitlichkeit nur in der Phrase, mit der die Wähler gefüttert werden und dient als Aufputz diverser Festreden. Während der eine den loyalen Staatsbürger hervorhebt und seine „Opposition“ sich in Bescheidenheit nicht genug tun konnte, gebürdet sich der andere als raubbeiniger „Staatsfeind“ und „Trennungstäter“ und seine Rede war von Drometenstößen begleitet, die dem Zuhörer grimmige Fehde ankündigten. Dem Bild der „nationalen Einheit“, das diese zwei Sitzungstage boten, kann man nur die Worte „Konfusion“ anheften.

Abgesehen von jenen Mitgliedern des Nationalverbandes, die ihr eigenes nationales Stelenwörterbuch reiten, sind es vor allem zwei Richtungen, die seit langem im Deutschen parlamentarischen Verbande um die Führung und die Herrschaft streiten. Dieser in der sichtbar werdende Streit bewirkt die Schaukelpolitik des Verbandes, wie sie sich auch an den ersten zwei Tagen der Budgetdebatte zeigte. Im Anfang trat eine Zeitlang nur die Richtung Lohgman zutage, die einer „unentwegten“ Opposition zugeneigt ist. Dann kamen die Reden Zuleger und Krepel, die sich für eine Politik der Versöhnlichkeit und des nationalen Ausgleiches aussprachen. Die Seite der Schaukel, auf der Lohgman und sein Anhang saßen, ging nieder, die andere war obenauf. Lohgman grüßte, zog sich gekränkt und schmolend zurück, die andere Seite der Schaukel, welche als Zuleger, Krepel, Zuleger und Spina birgt, stieg hoch hinauf. Eine Zeitlang hielt sich Lohgman in freiwilliger Verbannung, zeigte sich nicht einmal im Parlamente und wettete in Versammlungen gegen die Politik des „Nachlassens“ und der „Anbiederung“. Vor einigen Tagen sprach sich dessennachachtet Krepel in einer Versammlung in Böhm.-Leipa für eine „Politik der realen Tatsachen“ aus, erklärte auch den tschechoslowakischen Staat für eine solche „reale Tatsache“ und verlangte von den Tschechen die Anerkennung des Rechtes einer Anteilnahme der Deutschen an der staatlichen Macht. Aber mittlerweile scheint die Schaukel wieder die Rückwärtsbewegung vollzogen zu haben, denn nun steht Krepel im Parlamente und Lohgman wurde als Redner vorgeschickt, der die Gelegenheit benützte, um unter dem Vorwande einer Polemik gegen die deutschen Sozialdemokraten den eigenen Parteigenossen mit verblüfften Redeln Stiche zu versetzen. Wenn Herr Dr. Lohgman behauptete, daß die deutschen Sozialdemokraten bestrebt seien, die deutschbürgerlichen Parteien in eine Regierungsführung hineinzubringen, so

kann man, da ihm dafür auch nicht ein Beweis zu Gebote steht, diesen Vorwurf nicht anders als auf seine eigenen Klubfreunde von der anderen Seite der Schaukel gemünzt auffassen, die tatsächlich der Politik der Anteilnahme an der Macht, der „Einschichtung in die Regierung“ zustreben.

Aber wenn auch Lohgman wieder oben auf zu sein scheint, so vermochte er die andere „Richtung“ doch nicht ganz zum Bestimmen zu bringen. Ihr wurde diesmal vom Abg. Prof. Dr. Spina Ausdruck gegeben. Er sagte wörtlich: „Die soeben glücklich überstandene Krise, in welcher sich die Republik befand, hat bei der Bevölkerung wohl keine Kriegsbegeisterung erregt, dennoch hat die Mobilisierung gezeigt, daß auch die deutsche Jugend dem Staate gegenüber ihre Pflicht genau so erfüllt hat, wie die tschechische Jugend... Wir haben es mit der Befolgung der Mobilisierung durch die Deutschen mit einem Faktum von hohem politischen Ernst zu tun... Wir Deutsche haben dem Staate in der Stunde der Gefahr dasselbe gegeben, wie seine tschechischen Bürger. Wird diese Tatsache richtig erkannt, dann hat die Mobilisierung einen großen Zweck erfüllt.“ Das strikte Gegenteil sagte gestern Dr. Lohgman. Wenn die deutschbürgerlichen Parteien, so sagte er, die Parole zum Einrücken gäben, so nur deshalb, weil wir dabei sein wollten, wenn mobilisiert wurde.“ Der eine Redner spricht also von der „glücklich überstandenen Krise“, von „erfüllter Pflicht“, von einem Faktum von hohem politischen Ernst“, von der „Stunde der Gefahr“, in der die Deutschen gaben, was des Staates ist und von dem „großen Zweck der Mobilisierung“, während der andere gar nicht mehr sich bemühte, anzudeuten, sondern es recht unbehelligt aussprach, daß die Weisung zur Befolgung der Einberufungsordre alles eher als „loyalen“ Zwecken dienen sollte. Das ist wohl schon der Gipfel der Konfusion. Danach können niemanden auch die anderen Widersprüche der nationalverbändlerischen Redner mehr überraschen. Dr. Lohgman erzählte von den deutschen Sozialdemokraten, sie hätten die Mobilisierung bloß als überflüssig bezeichnet, während die Deutschbürgerlichen „grundsätzlich“ und „aus demokratischen Gründen“ die Mobilisierung abgelehnt hätten, aber dieser Auffassung widerstreit sowohl der Abg. Pávek, der erklärte, die Mobilisierung sei „nicht notwendig“ gewesen, wie auch der Abg. Dr. Kaska, der sie als „unnötig“ erklärte. Daraus spricht höchstens ein Grundfalsch des Deutschen parlamentarischen Verbandes: jener der Grundlosigkeit.

Dr. Lohgman sprach auch von der Demokratie. Wenn das ein Nationalverbändler tut, so kann man mit Sicherheit voraussetzen, daß sich hinter dem Worte eine Anrüchlichkeit verbirgt. Tatsächlich diente ihm der Begriff dazu, zu erklären, daß wenn ein Volk sich einen König zu geben wünscht — als ob das ungarische Volk gefragt worden wäre! — so hätte dies „die Demokratie einfach zur Kenntnis zu nehmen“. Während Lohgman in dieser Form seine Gefühle zum Karl-Butsch zum Ausdruck brachte, ließ es hinwiederum Abg. Pávek, daß das Haus Habsburg endgültig erledigt wurde, denn „die deutsche Nation sei durch die Habsburger viel schwerer geschädigt worden, als irgend eine andere“. So wiederholte Dr. Lohgman auch die Behauptung, der Karl-Butsch sei eine „innere Angelegenheit“ Ungarns gewesen, wäh-

rend die nationalverbändlerische „Abwehr“ und andere Blätter den Zug Karls als eine „große Gefahr für das deutsche Volk“, die „aus dem Rahmen einer rein innerpolitischen ungarischen Angelegenheit herausgehoben sei“, bezeichneten.

Die Budgetdebatte gab einzelnen deutschbürgerlichen Rednern Gelegenheit, ihre Militär- und Kriegsfeindschaft einem geehrten Publikum vorzuführen. Abg. Dr. Kaska leitete dies in die Form eines Witzes, der dem Konferenzier eines Klaretts bedeutende Ehren eingetragen hätte. Er meinte: „Wir sind nicht gesonnen, einen Krieg zu führen für die Erhaltung der Hausmacht der zweiten Internationale.“ So zwerchfellerschütternd dies wirkt, so erinnert das Witzlein daran, daß die Herren für eine Hausmacht schon einmal einen Krieg geführt haben, für die Hausmacht der Habsburger und ihr zuliebe das Wä-

ten der Feldgerichte und alle Greuel des Krieges guthießen, solange als es nur irgend ging. Wenn die Herren jetzt mit ihrer Kriegsgegnerschaft prunken wollen, so weiß man angesichts des Umstandes, wie grundverschieden die einzelnen deutschbürgerlichen Redner schon die Mobilisierung beurteilen, was man davon zu halten hat.

Dr. Lohgman meinte in seiner Rede, es sei zweifelhaft, ob man den Deutschen parlamentarischen Verband als Erben des ehemaligen Nationalverbandes anzusehen habe. Die Frage bleibe hier unerörtert; in einem kann sie nicht strittig sein: daß der Deutsche parlamentarische Verband in bezug auf Konfusion und Zerfahrenheit nicht nur der Erbe des Nationalverbandes ist, sondern auch der eifrigste Mehrer dieses Verhältnisses.

Scharfe Abrechnung.

Rede des Abg. Genossen Hillebrand.

Der tschechische Parlamentarismus. Indem in die Budgetberatung eingetreten werde, bemächtigte sich unser tiefste Erbitterung. Denn die Art der Durchführung dieser Debatte zeige den Jammer des tschechoslowakischen Parlamentes. Der ganze Komplex der ungeheueren Summe von Fragen werde in eine unverhältnismäßig kurze Beratungszeit gepreßt. Die Redefreiheit sei unterbunden. Nur mit dem Ausdruck des entschiedenen Protestes könnten die deutschen Sozialdemokraten an der Beratung teilnehmen. Aber man höre, daß diese Art der Budgetberatung der Umhängung des Maulkorbes noch nicht die Krönung dieser Angelegenheit sei. Man spreche davon, daß innerhalb der Mehrheitsparteien Winkeln bestehen sollen, Anträge der Opposition ausnahmslos glatt abzulehnen.

Es wäre die schmachvollste Entwürdigung dieses Hauses, es wäre eine Herabsetzung der Institutionen des Parlamentes überhaupt. Dann wäre der Budgetberatung aller Inhalt genommen, dann hätte die Regierung mit dem schroffsten Widerstand der deutschen Sozialdemokraten zu rechnen. Diese seien nicht willens, mit ihren Anträgen derart faugball spielen zu lassen.

Benesch's Außenpolitik.

Die Politik des Ministerpräsidenten birgt schwerste Gefahren in sich. Die Tschechoslowakei hat sich auf den Boden der Friedensverträge gestellt. Trotzdem muß sie für die Slowakei bangen, während die Entente ein reaktionäres, bewaffnetes Ungarn wünscht. Es soll mit Polen ein Besser gegen Sowjetrußland sein. Das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland war bis jetzt ein Gemischtes der inneren Konsolidierung dieses Staates. Denn der Ueberreifer des Ministerpräsidenten, seine Ruhelosigkeit drängte ihn zu einem Abhängigkeitsverhältnis zur Entente. Dies sei der Sinn der Bildung der kleinen Entente gewesen, daß die Regierung Vorsehung für ganz Mitteleuropa spielen wollte. Wenn an die Zeit zurückgedacht wurde, wo man von einer Schaffung der Vereinigten Staaten Europas, von Abrüstung, von einem Völkerbund gesprochen habe, der Garantien für einen ewigen Frieden geben würde und wenn man sieht, was aus all dem geworden ist, so ist heute zu sagen, daß alle diese Versprechen zerstoßen und vergessen sind. Die Geheimdiplomatie Europas lebt weiter und feiert hier ihre Triumphe. Wenn der Herr Ministerpräsident behauptet, es geschehe hier nichts, ohne das Parlament zu befragen, so gehöre wohl viel Glauben an die Ruhe und Zurückhaltung der Nationalversammlung, wenn man an die Mobilisierung denke, oder daran, daß der Zolltarif mit seinen unerhörten Lasten in Kraft trete, ohne daß die Nationalversammlung gefragt wurde. Wieder wie vor dem Weltkrieg lebe man hier in einer neuen Ära der Bündnisse. Diese

aber hätten nur den Zweck, Mißtrauen zu säen, Ursache neuer Unruhen zu sein. Die tschechische Regierung lasse sich in ihnen mißbrauchen, fremde, royalistische Interessen zu schützen. Wenn Jugoslawien sich mit diesem Staate verbinde, denke es an seine Aspirationen in Albanien und Hilfe im Konflikt mit Italien zu finden. Ebenso sei es Rumänien darum zu tun, bei einem eventuellen Streben nach dem Thron Ungarns Hilfe zu finden. Eine andere Gefahr beinhalte das polnisch-tschechische Bündnis. Hier hätte Dr. Benesch die genauen Bestimmungen dieses Vertrages anzugeben. Denn es seien die schwersten kriegerischen Gefahren für unseren Staat, aus diesem Bündnisse zu befürchten. Polen sei seit seinem Bestande immer kriegerisch gewesen. Wie stelle sich Dr. Benesch eine Neutralität im Falle eines Krieges Polens mit Sowjetrußland oder Deutschland vor? Wie stehe es mit der Durchführung von Kriegsmaterial? Könnte die Neutralität nicht so verstanden werden, daß dann Kriegsmaterial auch nach Deutschland, Oesterreich, Rußland durch diesen Staat hindurch befördert werde? Der Kern des Vertrages mit Polen sei nichts anderes, als das Bestreben, die Intentionen Polens gegen Deutschland und Sowjetrußland zu schützen. Daraus ergeben sich immer größere Steigerungen der militärischen Rüstungen, zumal ja dieser Staat selbst ein Gewaltstaat seiner Geburt nach ist. Die Rüstungen überschreiten die Zahl, wie sie im Friedensvertrage angegeben ist. 90 Prozent des Budgets sei für militärische Zwecke einge-räumt. Das Budget weise ein Defizit von 788 Millionen auf, die Steigerung der Militärausgaben betrage 782 Millionen. Wir könnten also ruhig ohne dieses Defizit leben, wenn man dieses Moment berücksichtigen würde. Demgegenüber werde für die Sozialversicherung für Jugendschutz ein lächerlicher Betrag präliminirt. Demgegenüber lasse man die Arbeitslosen und Kriegsverletzten verkommen. Der Herr Ministerpräsident versichere die Freundschaft mit Polen, Deutschland und Oesterreich. Wenn Ungarn abrüstet, gäbe es nur Behelfe ringsum. Dann seien alle die Ausgaben für Rüstungen wohl gegen Rußland gerichtet. Wir wollen nicht die Funktionen eines Genarmes übernehmen. Wir sind gegen diese Bündnisse. Wir wünschen, daß der Tag komme, wo nicht mehr der Initiativauschuss dieses Hauses den Antrag bezüglich eines Mißsystems glatt löpft.

Abrechnung mit Dr. Kaska.

Der Herr Abgeordnete Kaska habe, als er gestern auf die Reaktion zu sprechen kam, es für gut gehalten, den Kampf gegen die Reaktion als einen Kampf um die Hausmacht der zweiten Internationale darzustellen und unser tschechischer Freund Stibin hat die Reak-

nung damit quittiert, daß er erklärt, die Sozialdemokratie der zweieinhalb Internationale wäre mit dem Kopf bei den Sozialdemokraten, mit dem Herzen bei den Kommunisten. Der Redner beklagt, daß der Abgeordnete Spina die Richtung seiner Partei so schlecht verstanden habe. Seine Politik ließe sich dann so charakterisieren, daß der Verstand seiner Partei wohl durchaus auf dem Boden der Sozialdemokratie, daß aber der Körper innig verwachsen mit dem tschechoslowakischen Staat sei. Dann wendet sich der Redner wieder den spöttischen Ausführungen Kaffas zu und erklärt, daß die Parteifreunde der Deutschbürgerlichen, die Großdeutschen in Wien selbst einen Aufmarsch erließen, um Freiwillige für den Kampf gegen Ungarn zu sammeln. „Ich wachte nicht“, sagte Abg. Hillebrand, „daß die Sorge um die zweite Internationale bei ihnen so groß ist, daß ihre Parteifreunde Blut und Leben dafür einsetzen wollten.“ Der Kampf um die Reaktion sei von einem Mitglied der deutschdemokratischen Freiheitspartei verhöhnt worden. Wenn der Abgeordnete Kaffa Spott und Hohn über die Beherrschung Deutschösterreichs ausgesprochen habe, dann möge er sich vor den Augen halten, daß das Schicksal dieses armen Reiches letzten Endes auf die imperialistische Politik der Deutschbürgerlichen zurückzuführen sei. Die Gefühle der deutschen Bevölkerung triffe es merkwürdig, wenn sie hört, daß ein deutscher Abgeordneter die tschechische Regierung direkt darauf höre, daß dieser Staat von Oesterreich mißbraucht worden war. Es werde feltfam klingen, wenn man in Oesterreich erfahren wird, daß sich ein deutscher Abgeordneter den Tschechen angebeidert hat. Dann könne man die Erbenspolitik der Deutschbürgerlichen auf tschechischer Seite sicher nicht ernst nehmen.

Die Mobilisierung.

Darauf geht Abg. Hillebrand auf die Politik der Regierung wieder über. Er fragt den Minister, warum er nicht präzise Zahlen bezüglich der Mobilisierungskosten genannt habe. Er weist auf die wirtschaftlichen Folgen der Mobilisierung hin. Die drohende Stornierung aller Bestellungen der Auslandskundschäften sei auch tatsächlich erfolgt. Die Regierung hätte sich darum kümmern müssen, daß die Einkommenden Unterstützung finden, Menge erhalten, daß ihnen die Löhne ausbezahlt würden, daß die Angehörigen der Einkommenden sofort die Unterhaltsbeiträge bezogen hätten. Die Demokratie dieses Staates erweise sich ebenso hungertig und armelig wie seine Unterhaltsbeiträge.

Deutschbürgerliche Hege gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Wenn der Minister von einem Erfolge der Mobilisierung spreche, warum sei es nicht derselben Entente gelungen, die die Kraft hatte, das starke Deutschland auf die Knie zu zwingen, das kleine Ungarn zur Nachgiebigkeit zu zwingen? Welche die Entente erst durch die Tschechoslowakei dazu genötigt werden? Die Mobilisierung sei vom ersten Tag an überflüssig gewesen. Trotzdem hätten sich die deutschen Sozialdemokraten den Mobilisierungsbefehlen nicht widersetzt, da sie einsehen, daß es keine Möglichkeit gebe, dies ohne Gefahr des Lebens für die Einkommenden zu tun. In diesem Sinne habe auch Abg. A. F. F. im Namen des deutschen parlamentarischen Verbandes seine Erklärung abgegeben. So lang auch die friedenssüchtige Rede des Abg. Spina aus, der erklärte, daß man durch das Einrücken den Geboten des Staates entsprochen habe. Trotzdem habe man es fertiggebracht, mit einer unerhörten Hege gegen die sozialdemokratische Partei zuzusetzen. Die geistigen Anspielungen Spinas und Kaffas ließen keinen Zweifel darüber übrig, daß diese Hege von den deutschbürgerlichen Parteien und ihren Führern geleitet wurde. Diese Herren haben sich nicht scheut, die Bevölkerung in anonymenzetteln zu hegen. (Die Ausführungen Hillebrands werden unter größter Unruhe der Deutschbürgerlichen und unserer Genossen vorgetragen. Die Unruhe steigert sich besonders als Abg. Hillebrand den Abgeordneten Flugzeitel überreichen läßt, des Inhalts, daß die Sozialdemokraten für den Krieg sind und hier zu bemerkt, daß diese Flugzettel von den Deutschnationalen verbreitet wurden. Die Politik der Deutschbürgerlichen ist mitverantwortlich für den Weltbrand des Krieges, ihre imperialistische Politik, die kein Ende nahm, ist mitverantwortlich, daß dieser Krieg fortgesetzt wurde bis zum Zusammenbruch, daher mitverantwortlich für den Weltfrieden. (Vehementer Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten waren ihr Leben lang entscheidende Gegner dieser imperialistischen Politik und haben immer den Militarismus bekämpft. Jetzt bekämpfen ihn auch die Bürgerlichen, aber nur den spezifisch tschechoslowakischen, während der t. u. l. Militarismus ihnen ein Herzensding gewesen ist. (Stürmischer Beifall.)

Innere Verhältnisse.

Wenn die Mobilisierung draußen nicht mit Freude begrüßt wurde, so sei dies kein Wunder, da in der Bevölkerung noch die Erinnerung fortwirkt an das Rieseneis des Weltkrieges. Daraus erklären sich auch die Schwierigkeiten in Graslitz, die Redner ausführlich bespricht. Er wünscht, daß die Vorgänge

in Graslitz eine Warnung sind vor jenem Geiste der Gewalttätigkeit, der sich immer wieder entladet und im Herrenbewußtsein der tschechischen Nation seinen Ausdruck findet. Die Regierung huldige nicht der Legalität, sie sei vor den Gewalttätigen immer wieder in die Knie gesunken, ihre starke Hand habe nur Anwendung gefunden gegen Schwache und die Früchte sind die Vorgänge von Graslitz und die Verschärfung der unheilvollen nationalen Gegensätze. Die Untersuchung dieser Vorgänge müsse rasch zu Ende geführt werden und die Ansprüche der Geschädigten rasch und ausgiebig geregelt werden. Vor allem aber müsse gefordert werden, daß die Demobilisierung möglichst rasch vollzogen werde, daß alle Eingekerkerten nach Hause geschickt werden. Mit dem Skandal der Handhabung der Zensur müsse ein Ende gemacht werden. Es paßt zu dieser Zensur, wenn auf der anderen Seite die Regierung ihre „Prager Presse“ mit Staatsgeldern aushält. Staudrecht und Prügelpatent müssen endlich verschwinden. Die deutschen Sozialdemokraten haben dem tschechischen Volke die Befreiung von der Last des alten Oesterreichs gegönnt, aber die Tschechen haben ihren Staat verfaßt, indem sie ihn zu einem Nationalitätenstaat gemacht haben und haben ihre Freiheit bedroht dadurch, daß sie andere Völker unterdrückt haben.

Autonomie!

Redner begrüßt es, daß der Ministerpräsident zum erstenmale laut von einer Autonomie

Die Budgetdebatte. Ausflüchte der Deutschbürgerlichen.

Das Abgeordnetenhaus schloß die Budgetdebatte fort. Als zweiter Redner hielt Hillebrand mit der Regierungserklärung Bezeichnendes und der demagogischen Politik der Deutschbürgerlichen in einer großangelegten wirkungsvollen Rede eine klare kritische Abrechnung. Herr Dr. Lodgman versuchte mit dem Aufwand aller Theorie, soweit eine solche dem Deutschen Nationalverband zur Verfügung steht, und mit aller Rhetorik Hillebrands festliegende Siebe zu lindern. Das gelang jedoch Dr. Lodgman nicht. Er fand auch auf die volksbetrügerische Handlungsweise insbesondere der Deutschnationalen, auf ihre Lügenmärchen gegen unsere Partei keine offene Antwort. Eine Antwort blieb er auch schuldig, als er gefragt wurde, wie es denn um die von ihm angeführte Demokratie in Ungarn stehe. Ueberraschend dürftig war die Rede des Kommunisten Kreibitz, die in Teilnahmslosigkeit und teilweiser Heiterkeit unserer Genossen unterging. Herr Kreibitz war bestrebt, in seiner Rede den deutschbürgerlichen Siegfriedlern gegen unsere Partei Hilfe zu leisten. Dieser Bundesgenosse sei den Deutschbürgerlichen gegönnt!

Sowohl während der Rede Hillebrands, als auch während jener des Abg. Dr. Lodgman kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und den Deutschbürgerlichen, wobei unsere Genossen den Siegfriedlern gründlich die Meinung sagten.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags. Die Budgetdebatte wird fortgesetzt. Der erste Redner Abg. Dr. Rosel (tsch. Merit.) wünscht zwar eine größere Genauigkeit in einem Budget der Zukunft und rügt, daß diesmal keine Referenzen für unvorhergesehene staatliche Ausgaben oder Schulden im Budget zur Disposition stehen. Aber im ganzen konstatiert er eine Besserung in allen Posten des Budgets gegenüber der vorjährigen Berechnung.

Abg. Horak (tsch. Gewerkepartei) rügt es, daß sowohl von Seiten der Kleinen, als auch der großen Entente der Habsburgerfrage nach dem Weltkrieg zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Daraus habe sich für die Republik ein finanzieller Schaden ergeben, dessen Erfas von Magyaren nicht erreicht wurde. Die Ruhe und der Frieden des Staates solle ohne Mobilisierung und ohne große Ausgaben erhalten werden. Er beklagt sich über die Erhöhung der Steuern, die den Gewerbetreibenden auferlegt wurden.

Abg. Lodgman (Deutschnat.) Es sei nicht nötig, über das Maß des Vertrauens oder Mißtrauens, das die Deutschen der Regierung und dem staatlichen System entgegenbringen, Worte zu verlieren. All das, was wir unter der neuen Regierung bisher erfahren haben, läßt sich würdig an die Seite stellen, was uns die Vorgängerinnen dieser Regierung beschert haben. Damit ist von vornherein die Stellung der Vertreter des deutschen Bürgertums in diesem Staate der Regierung und dem Staatsvoranschlag gegenüber gekennzeichnet. Für uns, erklärt Lodgman, war und ist die

Herung spricht, und hofft, daß diesen Worten auch bald Taten folgen werden. Wenn sich allerdings die Völker nähern sollen, so müsse dem Gewaltregime ein Ende gemacht werden. Jedes Volk soll in diesem Staate die Möglichkeit haben, seine Kulturangelegenheiten selbst zu regeln. Aus dem Klasseninteresse heraus, wünsche er, daß die nationalen Gegensätze gemildert werden, damit die deutsche Sozialdemokratie endlich zu ihrem ureigensten Kampf komme, damit sie den sozialen Kampf auszukämpfen in der Lage sei. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß der Tag kommt, wo sie in diesem Kampfe auch die Unterstützung des tschechischen Proletariats finden wird. Sie können es nicht verweigern vor ihrer eigenen Geschichte, wenn sie hindernd dem entgegenstehen, was ihr eigenes Programm durch so viele Jahre gewesen ist: das Selbstbestimmungsrecht der Völker. So wie wir im alten Oesterreich den Kampf geführt haben gegen die Unterdrückung jedes Volkes, so werden wir ihn auch hier weiterführen. Heute ist dieser Staat ein Staat der nationalen Anechtung. Geben Sie endlich Raum der Vernunft, sorgen Sie dafür, daß die Menschen wirklich Bürger gleicher Rechte werden. Da die deutschen Sozialdemokraten in diesem Staate einen brutalen Klassenstaat mit allen seinen Lasten und Sünden erkennen, so sei es selbstverständlich, daß sie gegen das Budget stimmen werden. (Stürmischer Beifall.)

Frage der Wiedereinsetzung der Habsburger in Ungarn eine innere Angelegenheit Ungarns. Ich glaube, es spielt hier nicht die Gefahr der Habsburger eine Rolle, sondern vielmehr in Unterbewußtsein gewisser Parteien, das Empfinden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in Mitteleuropa für die breiten Bevölkerungsschichten derart ungünstig und drückend sind, daß die Befürchtung besteht, diese könnten irgendeinen Abenteuer ausführen und es vorziehen, die gegenwärtigen Machtzustände zu beseitigen, nur um aus den in nationalpolitischen und sozialer Beziehung unerträglichen Verhältnissen herauszukommen. Die Sünden, die seit dem Umsturz in national-politischer und sozialer Beziehung begangen worden sind, die bilden die Gefahr für die sogenannte „Demokratie“ in den Nachfolgestaaten und keineswegs die Tatsache der Wiedereinsetzung der Habsburger in Ungarn. Es ist vollständig richtig, daß beide Gruppen der deutschen Opposition von vornherein erklärt haben, daß sie keinen Krieg wünschen. Sie haben es abgelehnt, die Mobilisierung zu unterstützen, aber das Volk mußte sehr bald herausmerken, daß die im Parlamentarischen Verbands vereinigten Parteien diesen Krieg grundsätzlich aus demokratischen Gründen ablehnen müßten, während die Sozialdemokraten die Mobilisierung lediglich als überflüssig bezeichnet haben. (Aufse bei den deutschen Sozialdemokraten: Was ist mit der Demokratie in Ungarn? Dort entscheiden nur die Magnaten! Schildern Sie uns die Demokratie in Ungarn!) Ich erkläre, daß es auch darüber vom Standpunkte eines Demokraten gar keine Meinungsverschiedenheiten geben kann. Die inneren Verhältnisse in Ungarn können uns genau so wenig berühren, wie die inneren Verhältnisse in anderen Staaten. Redner verwahrt sich dagegen, daß seine Parteien die Nachfolgerin der deutsch-nationalen Partei des alten Reiches sei, wolle man dies aber doch voraussetzen, dann ständen auch 1914 die deutschen Sozialdemokraten in der Reihe der Kriegsbewilligenden Parteien. Und den österreichischen Sozialdemokraten ist diese schwere Rolle deshalb erspart geblieben, weil das Parlament geschlossen wurde. (Abg. Dr. Czich: Weil Ihr das Parlament umgebracht habt!) Es sei auch der Bortour gemacht worden, die deutschen Parteien hätten den großdeutschen Gedanken aus Anlaß dieser Mobilisierung verraten. Redner stehe auf diesem Standpunkte des großdeutschen Gedankens, indem er wünsche, daß auch dem deutschen Volke die Möglichkeit gegeben werde, sich in einem eignen Staate zu organisieren, er könne aber den Sozialdemokraten auf dem Wege nicht folgen, diese großdeutsche Selbstbestimmung im Wege der Waffengewalt ins Werk zu setzen. Redner setzt sich sodann mit den Ausführungen des Abg. Stavin auseinander und wendet sich dann dem System zu, von dem die gesamte Regierung geleitet zu werden scheint. Man habe sehr viel gehört, wie sich der Ministerpräsident die Entwicklung in außenpolitischer Beziehung vorstellt, aber kein Wort, wie er sich den Werdegang im Innern vorstellt. Schließlich verbreitet sich der Redner über das Völkerverbundproblem und den Widerspruch, in welchem sich der tschechische Staat zu den Ideen und der Selbstbestimmung befindet.

Abg. Szentivanyi (ung. Christl. Soz.) wendet sich gegen den Standpunkt der Regierung betreffend die magyarische Nation in der Slowakei. Die Magyaren hätten sich den Gesetzen unterworfen, wünschten aber eine Respektierung ihrer nationalen Momente. Mit der

Slowakei dürfe nicht wie mit einer Kolonie verfahren werden. Abg. Bobol (tsch. Mer.) fordert Autonomie und Gleichberechtigung für die Slowaken. Er verspricht Unterstützung der Regierung, wenn sich diese zentralisiere. Das Budget müsse größere Rücksicht auf die Slowakei nehmen. Er fordert ein Antialkoholgesetz für die Slowakei.

Abg. Spacel (tsch. Nat.-Dem.) wendet sich gegen den Ausdruck des Ministerpräsidenten, daß alle Nationalitäten an der Konsolidierung dieses Staates mitläufig gewesen seien. Er hätte dabei einzig und allein von der politischen staatenbildenden Nation sprechen sollen. Im Verhältnis zu den Deutschen sei die einzige Grundlage das Gesetz. Das Desinteressement der Deutschen an Ungarn hätte die Verwirrung bewirkt, aus der die Deutschen Nutzen gezogen hätten.

Abg. Kreibitz (Komm.) gibt zunächst namens der kommunistischen Partei eine Erklärung über die Stellungnahme seiner Partei in der Frage der Ostrauer Bergarbeiter ab. Er übergeht sodann zur Erklärung des Ministerpräsidenten und sagt, diese habe wenig selbstbewußt geklungen. Er bespricht das Ergebnis der bisherigen Tätigkeit der Koalitionsregierung und sagt, daß sie keine der gegebenen Zusicherungen gehalten habe. Auch die auswärtige Politik zeige wenig Erfolge. So stehe der Erfolg in dem Kampfe gegen die Reaktion in keinem Verhältnis zu dem Aufwand an Kraft und Mitteln und es stelle sich das Mißtrauen des Redners Partei als vollberechtigt dar, daß dieses System und diese Regierung nicht fähig ist, den Kampf gegen die Reaktion für die Demokratie zu führen. Die Mobilisierung und die Drohung mit dem Kriege sei überflüssig gewesen. Gerade in der Hauptfrage der Entwaffnung Ungarns ist das Ergebnis der Mobilisierung gleich Null. Wenn Redners Partei die Erklärung abgegeben habe, daß sie bereit sei, gegen die Reaktion zu kämpfen, so sei das durchaus kein patriotisches Bekenntnis zu diesem Staate. Redner spricht über den tschechisch-polnischen Vertrag und wirft dem Ministerpräsidenten vor, daß er an das ukrainische Volk nicht gedacht habe, als er in der Frage Ostgaliziens das Desinteressement der tschechoslowakischen Republik erklärte. Inschließend daran bespricht Redner die Fürsorge für die russischen Flüchtlinge, die Prag heute zum Mittelpunkt der ganzen russischen Reaktion gemacht hat. Zum Schluß befaßt sich Redner mit der Konjunktur von Washington.

Die Bauarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung.

Die Abgeordneten Schuster, Hausmann, Uhl und Genossen haben an die Regierung folgende dringliche Interpellation gerichtet: Nach § 19 des Gesetzes vom 12. August 1921 Nr. 322 ist die Regierung ermächtigt, im Verordnungswege die Wirksamkeit dieses Gesetzes auch auf einzelne Gruppen von Saisonarbeitern auszudehnen. Die Voraussetzungen zur Anwendung der Bestimmungen des § 19 sind derzeit durch folgende Umstände gegeben:

Die gesamte haultische Arbeitstätigkeit war während der verfloßenen Monate in einem großen Teile der Republik, insbesondere aber in den Grenzgebieten eine außerordentlich geringe, was zur Folge hatte, daß selbst über Aufforderung der staatlichen Arbeitsämter, insbesondere in Südböhmen, Tausende von Arbeitskräften nach Deutschland und nach Oesterreich abwanderten. Die mit 27. Oktober l. J. erlassene Mobilisierungsordre hat die noch vorhandene Bauaktivität außerordentlich schwer beeinträchtigt. Aber in einem noch höheren Maße wirkt der Kurzsturz der deutschen Geldwerte auf die Verdienstmöglichkeit der hiesig im Auslande Beschäftigten, die dadurch um jede Erwerbsmöglichkeit gebracht wurden. Die trüsten Verhältnisse des Baugewerbes im Inlande lösten naturgemäß in der Baustoffindustrie für die in derselben beschäftigten Arbeiterschaft die gleichen Wirkungen aus. Fast alle Ziegeleien schlossen ihre Betriebshätten vorzeitig. Ebenso gilt dies von dem größten Teil der Kaltwerke, Steinbrüche, Sand- und Schotterwerke usw. Durch die Handelspolitik des Staates sind Tausende von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern sowie in den Sägewerken beschäftigte arbeitslos geworden. Auch diesen Arbeitergruppen sowie den beruflichen Arbeitern ist infolge der bereits geschiedenen Verhältnisse jede Möglichkeit eines anderweitigen Erwerbes während der Saison unterbunden.

Die Gefertigten stellen deshalb an die Gesamtregierung die dringliche Anfrage, ob dieselbe geneigt ist, angesichts der geschiedenen Ereignisse die furchtbare Notlage vieler Tausende von Arbeitern auf Grund der gegebenen geschiedenen Bestimmungen sofort zu beseitigen oder zu mildern.

Begründung: Die jugendlichen Genossen sind viel früher für einen Turn-, Sport- oder Gesangsverein zu haben als für die Jugendorganisation. Wenn ein Jugendlicher überall sein soll, bringt er die Beiträge für jeden Verein nicht auf, da in der Republik die Jugendlichen noch schlecht entlohnt werden. Durch die Zusammenlegung der Verbände würden auch Kräfte frei, die für organisatorische Arbeit verwendet werden können.

Nr. 25. Antrag der Lokalorganisation Tachau zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“.
Bei der Wahl des Parteivorstandes, ferner bei Abstimmung über wichtige prinzipielle und tatsächliche Fragen haben nur die Vertreter der Bezirksorganisationen das Recht, abzustimmen.

Nr. 26. Antrag der Bezirksorganisation Saaz zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag möge beschließen, daß mit Beginn des nächsten Geschäftsjahres die Parteiemerkensfarbe neu gewählt werde und der Farbenwechsel der Parteiemerkensfarbe jedes Jahr zu erfolgen habe. Sollte es Schwierigkeiten bei der Einführung des Farbenwechsels ergeben, so wird beantragt, die Jahreszahl auf der Parteiemarke ersichtlich zu machen.

Begründung: Bei dem Einfassieren der Beträge ist dies öfter die Wahrnehmung gemacht worden, daß Briefchen der Mitgliederbücher schon um Monate vorher besetzt sind. Nach Untersuchung dieser Fälle wurde festgestellt, daß diese Marken vom Vorjahre herrühren, jedoch aus irgend einem Grunde nicht eingefleht wurden, durch die Evidenzhaltung wurde genau ersehen, daß für diese Monate keine Parteiemarke bezogen wurde.

Nr. 27. Antrag der Bezirksorganisation Oskschitz zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“.

In Erwägung, daß nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit die wirksame Mittelschichtenbewegung und sozialistisch führender Intellektueller notwendig ist, um die von der Arbeiterklasse ererbten wirtschaftlichen und politischen Stellungen zu befestigen und dauernd zu erhalten;

in Erwägung, daß die Sozialisierung der Betriebe, die praktische Durchführung der Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes und die Mittelschichtenbewegung, mindestens den Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht feindselig gegenüberstehend, in der Praxis tätiger intellektueller Beizug wünschenswert macht;

in Erwägung, daß insbesondere die heranwachsende Jugend mit der Mentalität der sozialistischen Weltanschauung in der Volks- und Bürgerschule erfüllt werden müsse, soll sie später die breite und gesunde Basis der für den Ausbau des Sozialismus erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Verwaltungskörper bilden;

stellt die Bezirksorganisation den Antrag, der Parteitag möge beschließen:

Es ist Pflicht der politischen Organisationen, eine erhöhte Tätigkeit innerhalb der Kreise der Lehrgesellschaft der Volks-, Bürger- und Mittelschulen zu entfalten, um sie für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen und die bereits bestehenden sozialdemokratischen Organisationen der Lehrgesellschaft in ihren Bestrebungen auf das kräftigste, eventuell auch materiell zu unterstützen, insbesondere dort, wo Lehrgesellschaften außer ihrer schulmäßigen Erziehungspflicht ihre Kraft auch der Bildungsarbeit innerhalb der Partei und besonders unter den Jugendlichen widmen.

Der Parteitag möge das Augenmerk der politischen Organisationen auch auf einen härteren Nachdruck der aus der Arbeiterklasse hervorgehenden Intellektuellen lenken und zwar darauf, daß leistungsfähige Arbeiterkinder nicht nur die Volks- und Bürgerschule, sondern auch die Mittelschulen, eventuell auch die Hochschulen absolvieren, worin der Parteitag eines der wirksamen Mittel erblickt, solche Intellektuelle der Partei dauernd zu erhalten.

Der Parteitag möge seiner Ansicht Ausdruck geben, daß es für jeden organisierten Arbeiter eine Pflicht sein muß, die auf die Erfassung, Gewinnung und Erhaltung der Intellektuellen hinsichtlich Bestrebungen der Partei auf das tätigste zu fördern.

Nr. 28. Antrag der Bezirksorganisation Böhmisches-Kamitz zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“.

In der Erkenntnis, daß die Initiative und das Referendum in der Partei zu einem Bedürfnis der Mitglieder geworden ist, ferner, daß dadurch das Interesse und das Pflichtgefühl sowie die Verantwortung der Mitglieder gebildet würde, wolle der Parteitag folgenden Antrag annehmen und dem Parteitag einverleihen:

Jede Lokalorganisation hat das Recht, zu jeder Zeit irgend einen die Parteinteressen berührenden Antrag zu stellen. Nach Unterzeichnung eines solchen Antrages durch 12 Lokalorganisationen in mindestens sechs verschiedenen Bezirken ist der Parteivorstand oder die ausführenden Organe der Partei verpflichtet, einen solchen Antrag einer Abstimmung zu unterbreiten.

Nr. 29. Antrag der Bezirksorganisation Preshburg zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag möge beschließen: Das in Preshburg erscheinende Wochenblatt „Volkswirtschaft“ wird als Parteiorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei anerkannt.

Nr. 30. Antrag der Bezirksorganisation Eger zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“.

Nachdem es den Lokalorganisationen unmöglich ist, mit den 20 Helfern, die ihnen von den Parteibehörden zur Verfügung stehen, die im Interesse der Organisation notwendigen Ausgaben zu bestreiten, ist in der Aufstellung der Parteibeiträge eine Abänderung dahingehend vorzunehmen, daß der Anteil der Lokalorganisation erhöht wird.

Begen den Erpressungsversuch der reichsdeutschen Industriellen.

Die Eisenbahner drohen mit dem Generalstreik.

Berlin, 17. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). In einer riesigen Versammlung protestierte gestern die Berliner Ortsverwaltung gegen die Versuche, die Eisenbahnen dem Privatkapitalismus auszuliefern. Die Gewerkschaften und die politischen Parteien wurden beauftragt, das gesamte deutsche Proletariat auf die Gefahr aufmerksam zu machen und alle Vorbereitungen zu treffen, um der Entstaatlichung der Eisenbahnen mit aller Schärfe entgegenzutreten. Die Resolution schließt: „Wir erklären, daß wir fest entschlossen sind, bei eventueller Durchführung jener Pläne des Reichsverbandes der Industrie sofort mit dem Generalstreik zu antworten. Und den durch die Schuld der Kriegsheer auferlegten Forderungen der Wiedergutmachung nachzukommen, fordern wir die Erfassung der Gold- und Sachwerte, damit die tatsächlich Schuldigen an unserem Elend die Lasten allein tragen.“ Die Versammlung endete mit einem Demonstrationzug durch die innere Stadt. Auch die in der Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände zusammengeschlossenen technischen Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden haben in einer Vertreterversammlung gegen den Verkauf der Eisenbahnen an das Privatkapital einmütig scharfsten Protest erhoben.

Berlin, 17. November. (Tsch. P. B.) Gestern fand im Zirkus Busch in Berlin eine vom Deutschen Eisenbahnerverbande veranstaltete Protestversammlung von tausenden von Eisenbahnern statt, die einstimmig eine Entschlieung gegen die Auslieferung der deutschen Eisenbahnen an die Privatindustrie annahm. Die Versammelten erklärten sich entschlossen,

bei Durchführung des Planes des Reichsverbandes der deutschen Industrie sofort mit dem Generalstreik zu antworten.

Der Kabinettsrat verlagert die Beschlussfassung.

Berlin, 17. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Der „Vorwärts“ meldet: „Das Reichskabinettsrat besetzte sich in seiner Dienstag-Sitzung mit dem Reparationsproblem und besprach eingehend die Möglichkeiten zur Ausbringung der fälligen Rate von 500 Millionen Goldmark für die nächste fällige Reparationszahlung. Auch über die politische Lage und die Auswirkungen der neuen Teuerungswelle wurden Erörterungen gepflogen. Eine Beschlussfassung über die Forderungen der Industrie für die Kreditbeschaffung wurde vorläufig vertagt. Die Frage der Entstaatlichung der Eisenbahnen steht außerhalb jeder Diskussion.“

Wirth nennt das Angebot undiskutabel.

Berlin, 17. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Im Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei, der gestern zu längeren Beratungen zusammentrat, nahm der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zu einer eingehenden Rede über die innen- und außenpolitische Lage. Zu seinen Ausführungen nannte er die politische Lage mehr als verworren und unübersichtlich. Er ging dann ganz besonders auf das Kreditangebot der deutschen Industrie ein. Er nennt dieses Angebot unannehmbar und überhaupt nicht diskutabel. Von einem modifizierten Angebot der Industrie, das neuerdings nach den Pressemeldungen ausgearbeitet worden sein soll, sei ihm bisher nichts bekannt.

Das nördliche Burgenland besetzt.

Bandenbewegung im südlichen Teil.

Wien, 17. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die Nachrichten, daß im südlichen Teile des Burgenlandes Banden herumzugeschlichen, werden jetzt bestätigt, namentlich aber wird gemeldet, daß auf ungarischem Gebiet an der Grenze des Burgenlandes starke Banden aufgestellt sind. Im Rosengarten bei Kitzsee fand eine österreichische Patrouille frisch ausgehobene Maschinenabwehrungen. Die Freischärler, welche diese Deutungen aus-

gehoben hatten, zogen sich nach Abgabe von zwei Schüssen zurück. Heute wurde der Seevinkel östlich des Neusiedler Sees vollständig in Besitz genommen, womit die Befreiung des nördlichen Teiles des Burgenlandes abgeschlossen ist. Die Gendarmen haben bereits gestern überall den Dienst aufgenommen und auch die Zivilverwaltung wurde teilweise, wenn auch vorläufig unter militärischer Sicherung eingerichtet.

Aufstand gegen die Bolschewiken.

Im Gouvernement Zekaterinoslaw.

Wien, 17. November. Der ukrainische Pressebericht meldet aus Lemberg: Im Industriegebiete des Gouvernements Zekaterinoslaw ist ein großer Aufstand gegen die Bolschewiken ausgebrochen. An der Aufstandsbewegung nehmen nicht nur ukrainische Bauern, sondern auch ukrainische Arbeiter des Industriegebietes teil. Führer des Aufstandes ist der Oberst der ukrainischen Nationalarmee Matwinko.

Berhandlungsmöglichkeiten zwischen Frankreich und Rußland.

Paris, 16. November. (Havas.) Die französische Regierung hat in Beantwortung des Angebotes der Sowjetregierung die russischen Schulden anzuerkennen, am 8. November dem englischen Vorkäufer eine Note übergeben, in der sie das russische Anerbieten als glückliches Ergebnis der festen französischen Politik gegenüber den Sowjets bezeichnet. In dem Telegramme Tschitscherins wurde die Anerkennung der russischen Schulden von der Anerkennung der Sowjetmacht abhängig gemacht. Die Sowjetregierung mußte aber ohne Einschränkung und ohne Vorbehalt ihre Absicht erklären. Im übrigen sei der russische Vorschlag zu eng begrenzt. Tschitscherin rede weder von den Kriegsschulden, noch von den Schadenschulden, noch von den Darlehen an Gesellschaften, deren Eigentum die Sowjets beschlagnahmt hätten. Das Angebot schließt auch die Entschädigung aus, auf die die fremden Staatsangehörigen Anspruch hätten. Schließlich müßte mit der Anerkennung der internationalen Verpflichtungen der Verzicht auf jede bolschewistische Propaganda, jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, jede Unterstützung ausländischer regierungsfeindlicher Verbindungen verbunden sein. Wenn die aufgestellten Bedingungen durch die Moskauer Regierung erfüllt werden, sei die französische Regierung geneigt, die Möglichkeit von Verhandlungen ins Auge zu fassen.

Blünderung von Lebensmittelgeschäften in Berlin.

Berlin, 17. November. Heute sind auch in Berlin Lebensmittelgeschäfte geplündert worden. Mittags drängen etwa 2000 Arbeitslose in einen Fleischerladen im Norden der Stadt, den sie vollständig ausraubten. Die Polizei nahm 5 Personen fest. Auch im Osten Berlins wurden von Arbeitslosen Plünderungen verübt.

China will sein Selbstbestimmungsrecht.

Washington, 16. November. (Havas.) In der ersten Sitzung des Ausschusses für den Fernen Osten forderte der chinesische Minister die Beibehaltung des Prinzips der offenen Tür in China und die Aufhebung der China betreffenden geheimen Verträge. Weiters forderte er die Wahrung der territorialen Integrität Chinas und die Gewährung voller Unabhängigkeit Chinas bezüglich seiner politischen Verwaltung. Er verlangte weiters die Aufhebung aller die Aktionsfreiheit Chinas in der Verwaltung und der Gesetzgebung einschränkenden Bestimmungen. China würde sich verpflichten, keinen Teil seines Gebietes zu veräußern, erteilt aber die neuerliche Prüfung aller Sonderprivilegien, welche die fremden Mächte in China genießen.

Kleine Chronik.

Verhaftung eines mehrfachen Mörders und Räubers. Dieser Tage gelang es der Polizei dem Mörder des Hilfsgendarmen Stanislaus Harant aus Kuratitz auf die Spur zu kommen, der am 14. Juni 1919 früh in einem Gerstenfelde bei Kuratitz tot aufgefunden worden war. Der Verdacht fällt auf den Räuber Alois Lukesch, der seit Jahren sich mit dem Ausrauben von Bussen befaßt. Den Gendarmen scheint er ermordet zu haben, als ihn dieser wegen Raubes in der Villa des jetzigen Ministers Erba verhaftete. Am Tatort fand sich auch ein Hod des Ministers vor. Die Polizei kam dieser Tage dem Morde dadurch auf die Spur, daß sie dem Verlaufe von Gegenständen, die aus einem in der Villa Sausonow in Pranis verübten Einbruchdiebstahl herrühren, nachging. Diese Gegenstände verläufe eine Hölzerin am Bankra, Anna Lukesch, die sie von der Gattin des Alois Lukesch, Anna Lukesch, erhalten hatte. Alois Lukesch war schon vor 12 Jahren im Verdachte gestanden, den Wadmann Johann Bartosch ermordet zu haben, der beim Anhalten eines Diebes erschossen worden war. Tomals gelang es Lu-

sch, nur wegen Diebstahles zu hieben Jahren Kerker verurteilt zu werden. Während des Krieges diente er als Feldgendarm und wurde nach dem Kriege in Wischowitz bei der Gemeinde angestellt. Seine Anstellung diente ihm nur als Deckmantel. Durch drei Jahre raubte er Bussen in der Umgebung Prag aus. Nach der Verhaftung der Lukesch forschte man auch bei deren Tochter Magdalena, verheiratete Genter in Geratitz bei Königgrätz nach gestohlenen Gegenständen, und es fanden sich dort die Hölzer und die Reste zu jenem Anzuge des Ministers Erba, von welchem der Hod am Orte des Mordes des Gendarmen Harant gefunden worden war. Auch der Tischlermeister Anton Soušek, der den Gendarm in Begleitung eines Mannes kurz vor dem Ermordung gehten hat, erklärte bei der Konfrontation mit Bestimmtheit, Lukesch sei dieser Mann. Lukesch lehnt jede Aussage ab. Die Angehörigen der Lukesch kauften und verkauften gleichfalls die gestohlenen Sachen und es wurden bei ihnen diese Gegenstände, die aus Prager Villendiebstählen stammen, vorgefunden.

Einführung des metrischen Maß- und Gewichtsystems in Rußland. Vom 1. Jänner 1922 an wird in Rußland das metrische Maß- und Gewichtssystem eingeführt. Das Messen in Archinen, Wersten, das Wägen nach Pfunden und Buden wird abgeschafft und überall wird das Meter und Kilogramm eingeführt. Als Übergangszeit werden zwei Jahre festgesetzt. Bis zum 1. Jänner 1924 muß sich die Bevölkerung mit dem neuen Maß- und Gewichtssystem vertraut gemacht haben, was bei der ungeheuren Ausdehnung, den ungenügenden Kommunikationen und der Rückständigkeit der Bevölkerung Rußlands kein geringes Unternehmen darstellt. Es wird freilich auch nicht verhindert werden können, daß noch lange die Wolgassiber nach Fünfen rechnen und die Bauern auf der Krim nach Wersten. Aber der Beginn zur Europäisierung Rußlands auf diesem wichtigen Gebiete ist gemacht. Gleich der Einführung des allgemeinen westeuropäischen Kalenders ist dieser Bruch mit den eingewurzelten Gewohnheiten der Vergangenheit ein entscheidender Fortschritt.

Ein schweres Eisenbahnunglück bei Wittenberg. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Dienstag auf der Lüneburg-Wittenberger Strecke zwischen Dannenberg und Hühader. Ein aus Wittenberg kommender Güterzug stieß bei starkem Nebel mit einem aus Lüneburg kommenden Güterzug in voller Fahrt zusammen. Vom Führerpersonal wurden zwei Beamte getötet und mehrere schwer verletzt. Der Schaden ist außerordentlich groß. Fünfzehn Wagen sind bei dem Unglück entgleist und gingen in Trümmer. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Eine eingehende Untersuchung wird eingeleitet.

Gesunkener Dampfer. New York, 16. November. „New York Herald“ meldet aus New Orleans: Der englische Dampfer „Marland“ ist im Hafen nach einem Zusammenstoß mit einem japanischen Schiff untergegangen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Kapitalismus und Sozialismus beim Wiederaufbau Nordfrankreichs. Einem Artikel in der reichsdeutschen „Sozialen Bauwirtschaft“ entnehmen wir die bemerkenswerte Tatsache, daß der Kapitalismus ein Hindernis des Wiederaufbaues des zerstörten Nordfrankreichs ist. Insbesondere ist es die Preisgestaltung der Baustoffe, die den Wiederaufbau verhindert. Die Baustoffspekulanten und Baustoffhändler, die durch hohe Zölle gegen die Einfuhr ausländischer Baustoffe geschützt sind, besitzen ein Baustoffmonopol, das sie zu privatem Gewinne reichlich ausnützen. Während die Arbeitslöhne nur auf das 4.8fache stiegen, haben die Materialpreise das sieben bis zehnfache des Friedenspreises erreicht. Man geht sogar so weit, Baustoffe zurückzuhalten, um eine günstige Preissteigerung zu erzielen. Ebenso wie das privatkapitalistische Baustoffgewerbe arbeitet das Privatbaunternehmen. Die privaten Bauunternehmer verbuchen 80 bis 100% Gewinnzuschläge auf die Arbeiterlöhne. — Nun haben die französischen Arbeiter die Initiative ergriffen, um durch ein Zusammenarbeiten zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften den Wiederaufbau Nordfrankreichs durchzuführen. Die bezüglichen Verhandlungen fanden vom 28. Oktober bis zum 2. November in Paris statt. Die französischen Organisationen haben der deutschen Delegation angeboten, mit ihr gemeinsam elf im Sommerabschnitt liegende Dörfer wieder herzustellen. Diese elf Dörfer sollen von einem gemeinnützigen Unternehmen nach Art der deutschen Bauhütten oder der englischen Gilben aufgebaut werden. In jedem Dorf werden die Geschädigten zu einer Genossenschaft zusammengezogen, die elf Genossenschaften werden zu einer Zentralgenossenschaft vereinigt. Arbeitskräfte und Baustoffe, sofern diese nicht an Ort und Stelle hergestellt werden, sollen von Deutschland bereitgestellt werden. Ueber die Einzelheiten der Durchführung dieses Planes wird zwischen den französischen und deutschen Gewerkschaften demnächst in Frankfurt am Main verhandelt werden. Es kommt darin zum Ausdruck, daß der Kapitalismus zur Wiedergutmachung der durch den Krieg entstandenen Schäden unfähig ist und daß nur der Sozialismus den Wiederaufbau durchzuführen im Stande ist.

Bankenzusammenbrüche in Rumänien. In Rumänien haben in den letzten Tagen einige Banken ihre Zahlungen einstellen müssen, da-

Blockade über Jugoslawien?

Wegen Nichträumung Albanien.

Paris, 16. November. (Hunt.) Unter der Vorherrschaft des belgischen Vorkäufers tritt heute der Völkerbund zusammen, um festzustellen, ob gegen Jugoslawien wegen der Nichträumung Albanien die Blockade angewendet werden könne, wie dies Artikel 16 des Völkerbundsstatuts vorsieht.

ander eine der größten Banken, die mit 175 Millionen bei Aktienkapital ausgestattete Banca Nazionale. Die Verbindlichkeiten dieser Bank betragen viele hunderte Millionen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, einer der reichsten und angesehensten Bojaren des Landes, nahm sich das Leben, einige Direktoren wurden verhaftet. Die Ursache des Zusammenbruchs ist der starke Rückgang der rumänischen Valuta in den Entente-Ländern, durch den sich die erheblichen Schuldenbeträge sowohl des rumänischen Staates als auch der Privatunternehmungen an Länder mit Edelmetall außerordentlich erhöhen.

Streiks in Italien. Infolge der Lohnbewegung der Metallarbeiter wurde der Generalstreik in Vigurien, Toskana und Venetia Italia angekündigt. Der Eisenbahnerstreik in Neapel flaut ab.

Zollerhöhung in Ungarn. Die ungarische Regierung hat das Zollaufgeld auf das Zweihundertfache erhöht. Die Erhöhung richtet sich in erster Linie gegen die Einfuhr aus der Tschechoslowakei und Oesterreich. Die Handelskreise hoffen, daß der Warenaustausch mit Deutschland durch die Verfügung der Regierung eine wesentliche Erhöhung erfahren werde.

Internationaler Landarbeiterstreik. Die Internationale Arbeiterkonferenz stimmte folgenden vier Empfehlungen der Landwirtschaftskommission zu: 1.) Nacharbeit der Frauen: tägliche Ruhe von mindestens neun Stunden, wenn möglich aufeinander folgend; 2. Nacharbeit der Kinder und Halbwüchsigen: tägliche Ruhezeit von mindestens zehn aufeinander folgenden Stunden für Kinder von 10 bis 14 Jahren und von mindestens neun aufeinander folgenden Stunden für junge Leute von 14 bis 18 Jahren; 3. Schutz der Mütter: Freisetzung der Zeit vor und nach der Niederkunft, während welcher Frauen nicht zur Arbeit herangezogen werden dürfen und Freisetzung einer Entschädigung während dieser Zeit; 4. Unterkunft und Schlafräume der Landwirtschaftsarbeiter.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 398, 100 Mark 38,90, 100 Schweiz. Franken 1788, 100 Lire 396, 100 franz. Franken 921 1/2, 1 Pfund Sterling 377, 1 Dollar 95, 100 Belg. Franken 676 1/2, 100 Öst. 1222 1/2, 100 Dinar 133 1/2, 100 Lei —, 100 Rost. Kronen 1,92, 100 poln. Mark 3,01, 100 ung. Kronen 10,17 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Promotion Gerhart Hauptmanns zum Ehrendoktor der Prager deutschen Universität. Bour Rektorate der deutschen Universität erhalten wir die Mitteilung, daß am Samstag, den 19. ds., pünktlich 11 Uhr, in der großen Aula der deutschen Universität die Promotion Gerhart Hauptmanns zum Ehrendoktor der Philosophie stattfinden wird. Mit Rücksicht auf den beschränkten Raum haben nur

Angehörige der Universität gegen Karren, die bei den Fakanaten der einzelnen Fakultäten zu begeben sind, Zutritt. Ansuchen um Karren sind daher zwecklos.

Neues deutsches Theater. Trotzdem am Mittwoch das deutsche Prag zu Tausenden nach dem Luzernsaal gewallt war, um Gerhart Hauptmann zu sehen und zu hören, gab es im Theater nur wenig leere Plätze — ein anschaulicher Beweis für die unversiegbare Kraft, die dem Verdischen „Troubadour“ inneohnt. Weder die romantisch-unglaubliche Geschichte des italienischen Textbuches, das mit der Erzählung einer Verbrennung beginnt und mit einer Verbrennung schließt, noch die sechzig Jahre, die Text und Musik am Rücken tragen, vertrieben bis heute die bezaubernde Wirkung dieser melodienreichsten aller italienischen Opern zu schwächen. Die einfache, wunderbar edle Harmonie des Verdischen Orchesters, die unablässig sich regende Springschüt von Arien, Duos und Terzetten, die sofort im Ohr haften Chorgesänge und die wirksamen Rituale im „Troubadour“ machen seine Aufführungen, wenn sie nur halbwegs gelingen, heute so wie vor einem halben Jahrhundert zu außerordentlichen Genüssen. Und die letzte Aufführung im Neuen deutschen Theater, um die sich zwei Gäste verdient machten, ist zumindest von der Verwandlung im dritten Akt an, sogar sehr gut zu nennen. Vor den Gästen, an erster Stelle, muß die Leonore Maria Gerharts genannt werden, die in Gesang und Spiel eine erstklassige Leistung bot. Ihre Stimme ist namentlich in den hohen Lagen, von beständigem Wohlklang, ihr Ziergesang silberglänzend. Herr Euhmann aus Dresden sang die Titelrolle mit prächtigem C und riesigem Erfolg, die Arie „Für dich, o Zeuge...“ war eine Kabinettleistung. Der zweite Gast, Fräulein Almoslino aus Brünn, war eine Durchschnitts-Agucena. Ausgezeichnet sang und spielte Herr Kuch den Grafen Luna, auch die übrigen Partien waren gut besetzt; Chor und Orchester zufriedenstellend. — dt.

Neues deutsches Theater.

Gastspiel Othakar. Thaller, Kramer. Heute Freitag, Einakter-Abend: Schillers „Komische Miß“, Shakespeares „Komische Olo“ und Restrops „Pöste, frühere Verhältnisse“.

Übermorgen Sonntag findet die Premiere der Operette „Die Tangarasin“ von Robert Stolz statt. Mitwirkend das gesamte Operettenpersonal. Dirigent: Schroll.

Gastspiel Lohmann-Almoslino-Klang. Adolf Lohmann von der Staatsoper in Dresden findet morgen Samstag den Khabames in Verdis großer Oper „Aida“. Titelrolle: Beria Klang. Anneris — Abi Almoslino.

Zweite Arbeitervorstellung. Sonntag Nachmittag Nicolais komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ mit den Damen Gerhart, Medler, Sommer und den Herren Almoslino, Kriener, Lubmil, Lober, Sterned. Karten 8—15, Logen 25—55 Kronen. Optiker Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Urania.

Heute, halb 7, Deutsche Kultur. Ritzgenrat Silber: „Philosophie“. Eingeladene Kronen. — Gerhart Hauptmann-Jugendfeier in der Urania. Zu Ehren des Dichters findet heute Freitag, 6 Uhr, in der Urania eine Feier der deutschen Jugend statt. Der Dichter hat sein Erscheinen zugesagt.

„Kunst und Kultur der Gegenwart.“ Prof. Hermann Warburg, Samstag, den 19., 7 Uhr. Behandelt werden alle Richtungen der Kunst, Impressionismus, Expressionismus usw. von ganz neuen Gesichtspunkten aus. Karten 6—4 Kronen.

Die Entwicklung der Geisteswelt und Suite. Pünktlich 8 Uhr. Einleitende Worte: Dr. Erich Steinhard, Geige: Christa Richter, Klavier: Paul Stauder. Beginn: Mittwoch, den 23. November, 8 Uhr. Kurskarte 30 Kronen. Smettskloasse 22.

Zwei Vorträge Doz. Kammerer-Wien. 24. November „Erbliche Belastung und Entlastung“, 26. November „Tod und Unsterblichkeit“. (Beide Vorträge mit Licht.) Anschließend an beide Vorträge wird Doz. Kammerer Fragen über den neuesten Stand aller in diese Gebiete fallenden Probleme beantworten. Karten 12—4 Kronen. (Wingl, Ermög.) Urania-Konglei, Smettskloasse 22.

Georg Hermann, der Schöpfer der Romane „Fetich“ und „Henriette Jakob“, der feinsinnige Schilderer des Alt- und Neuböhmischen Milieus, wird Freitag, den 25. November, abends in der Urania aus eigenen Werken lesen. Kartenverkauf in der Urania-Konglei, Smettskloasse 22.

Aus der Partei.

Eine Veteranin der deutschböhmischen Arbeiterbewegung. Gestern feierte Genossin Anna Altmann, deren Wiege im Böhmer Bezirk stand und deren Namen so eng mit der Parteigeschichte Oesterreichs und insbesondere Deutschböhmens verknüpft ist, ihren 70. Geburtstag und gleichzeitig das Jubiläum 50jähriger Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Ein seltenes Jubiläum! Wir alle wissen das ungeheure Stück Arbeit, das Genossin Altmann in diesen langen Jahren geleistet hat, um ihrer Partei, an der sie mit unerschütterlicher Liebe und Treue hängt, auch in den schwersten Tagen mit größter Energie und Aufopferung zu dienen, voll auf zu würdigen. Sie, die eine furchtbar harte Jugend hinter sich hatte, die als Sechsjährige schon in die Fabrik mußte, kam durch das eigene traurige Erleben in die Reihen jener wenigen, die schon damals mutig den Kampf um die Besserstellung und für die Befreiung der Arbeiterklasse aufgenommen hatten. Seit 1871 gehörte Genossin Altmann der sozialdemokratischen Partei an. Nach kurzer Wirkungsdauer in Leiba trat sie — schon im Jahre 1873 — agitatorisch auf, im Jahre 1881 kam sie in das Bodenbacher Kreisgebiet. Am 28. Juni 1890 sehen wir sie als damals einzige Agitatorin in Oesterreich vor den Wiener Arbeiterinnen über die geplante Gründung eines Arbeiterinnenheimes sprechen. Dann noch einige Jahre allein, später in gemeinsamer

Arbeit mit anderen Genossinnen, half Anna Altmann mit, das Gebäude der sozialdemokratischen Partei immer stolzer zu gestalten. Das unermüdete, treue Wirken Anna Altmanns, der auch wir zu ihrem doppelten Jubiläum unseren Gruß und Glückwunsch übermitteln, möge allen jungen Genossinnen und Genossen ein leuchtendes Vorbild sein. Der „Nordböhmische Volksbote“ und die „Sozialdemokratin“ haben den Ehrentag der Genossin durch Jubiläumartikel gefeiert, die „Sozialdemokratin“ hat überdies, ebenso wie der Parteivorstand, der Veteranin der deutschböhmischen Arbeiterbewegung ein Ehrengeschenk überreicht. Die vielen Ehrungen, die der Genossin Altmann anlässlich ihres Doppeljubiläums zuteil wurden, mögen ihr zum Beweise dienen, welche Anerkennung ihr und ihrem Wirken in allen Kreisen der Partei gezollt wird.

Volkerversammlungen mit dem Thema „Die europäische Krise“ finden Freitag, Samstag, Sonntag und Montag in Billn, Duz, Seestadt und Oberleitenaborn statt. Referent ist der Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“ Genosse Julius Braunthal.

Bezirksorganisation Waidnbors. Sonntag, den 27. November, findet in Waidnbors die Bezirkskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, „Presse und Druckerei“, Wahl der Delegierten und Wahl der Bezirksleitung.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute volkswirtschaftliches Seminar. Gäste willkommen! Neue Kreis- und Bibliotheksstunden: Dienstag und Freitag halb 6—7 Uhr.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Das Geständnis“ im „Bio Sanssouci“. Die heutige Premiere im „Bio Sanssouci“ (Mariengasse 34) erbringt neuerlich den Beweis, daß die Zeitung des neuen und im Publikum so schnell eingebürgerten Unternehmens tatsächlich den Willen hat, nur ein erstklassiges Repertoire zu bringen. Das Drama „Das Geständnis“ behandelt das Dasein einer unglücklichen Frau, die für die hingebungsvolle Liebe von dem Manne in un-menschlicher Weise gepeinigt und betrogen wird. Sie tötet ihn und vor dem Untersuchungsrichter erzählt sie nun ihre Lebensgeschichte, welche den Inhalt des Filmtitels bildet. Mit ausgezeichnetem Geschick hat der Regisseur Szenen von unerhört packender Wirkung gestellt und in dem Ensemble ausgezeichnete Darsteller ragt insbesondere die Frageria der Hauptrolle, die berühmte Filandria Wisnotta hervor, die eine Leistung von größter Eindringkraft bietet. Auch diesem Film sind stündig anverkauft Häuser gesichert. Kartenverkauf bei Truhlar in der „Koruna“ und beim „Koschil“ den ganzen Tag, an der Bio-Kassa von 9—20 Uhr ununterbrochen. 334



Der unverwüßliche Kautschuk-Schuhabsatz

EINLADUNG zur ausserordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Anglo-Oesterreichischen Bank, welche am 6. Dezember 1921, 5 Uhr nachmittags im Kassensaal der Anglo-Oesterreichischen Bank (L. Strauchgasse 1) stattfinden wird. Tages-Ordnung: 1. Beschlussfassung auf Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft mit allen Rechten und Verbindlichkeiten im Sinne des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1921, R.-G.-Bl. Nr. 542, an eine in Großbritannien am 20. April 1921 gegründete Gesellschaft gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft an die Aktionäre der bisherigen Gesellschaft (Wiederholung der Beschlussfassung der ordentlichen Generalversammlung vom 31. Oktober 1921 gemäß Artikel 38 der Statuten) und genehmigende Konstatation des hierüber getroffenen Beschlusses des Generalrates. 2. Beschlussfassung über den Antrag des Generalrates, die in der obigen Modalitäten des im Sinne des Punktes 1 abeschlossenen Übernehmens im eigenen Wirkungskreis festzusetzen. (Wiederholung der Beschlussfassung der ordentlichen Generalversammlung vom 31. Oktober 1921 gemäß Artikel 38 der Statuten). 3. Beschlussfassung über den Antrag des Generalrates, demzufolge im Sinne des § 7 des Gesetzes vom 7. Oktober 1921, R.-G.-Bl. Nr. 542, die bis 31. Dezember 1922 nicht vom Unterausschuss gebilligten Aktien der Anglo-Oesterreichischen Bank als verfallen erklärt werden. Laut Artikel 30 der Statuten berechtigten 25 Aktien zu einer Stimme. Die stimmberechtigten Herren Aktionäre werden eingeladen, ihre Aktien samt den nicht fälligen Kupons bis inkl. 27. Nov. d. J., in Wien bei der Liquidatur der Anglo-Oesterreichischen Bank, in Aussig, Bodenbach, Bregenz, Bruck a. Mur, Brünn, Brüx, Budapest, Czernowitz, Eger, Falkenau, Gars a. Kamp, Gmünd, Graz, Hainburg, Horn, Innsbruck, Kaaden, Karbitz, Karlbud, Königgrätz, Komotau, Korneuburg, Kufstein a. Thaya, Leitmeritz, Linz, Lobositz, Lustenau, Marburg, Mariazell, Marienbad, Mürzzuschlag, Nagyvarad (Grosswardein, Oradea mare), Omitz, Pardubitz, Pilsen, Prag, Prosonitz, Retz, Saaz, Schwachat, Steyr, St. Pölten, Suczawa-Itzkany, Teplitz, Tetschen, Trautenu, Triest, Villach, Weipert, Wels, und Znaim bei den Filialen (Exposituren) der Anglo-Oesterreichischen Bank zu hinterlegen. Laut Artikel 27 der Statuten können Vollmachten nur an stimmberechtigte Aktionäre erteilt werden. Wien, am 11. November 1921. Der Generalrat. (Nachdruck wird nicht honoriert.) 330

BIO LIDO 331 Skiwunder! Monumentaler Natursport-Film in 5 Teilen. Aufgenommen auf der Jungfer in der Schweiz 4200 m hoch. SVĚTOZOR 332 Mary Pickford bekannt aus den „Langen Vater“ in neuem prachtvollen Film. Goldfelder Romance. Reserviert für: MERL & WEISS FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN PRAG, NARODNI 23a. 141 Nur in der Wiederholung liegt der Erfolg der Anzeigen!

KOHLE-KOKS in plombierten Säcken Spoboda & Finais PRAHA, Jungmannova 3. Telefon 553-5514. 333 Drucksorten aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die Druckerei der TRIBUNA A.-G. Prag II., Karlovo nám. 15. Telefon 3096. Voranschläge gratis. Telefon 3096. 147 ECHTER NUSSLIKÖR: MAGENOL. FABRIK FEINSTER LIKÖRE WILHELM LÖW, BRÜNN 121

National u. Praga KONTROLL-KASSEN mit Fabriksgarantie Rekonstruktionen Umbau 312 Reparaturen Vernickelungen Repar. Abonnement zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft: Kontroll-Kassen G.m.b.H. Prag I., Ryba ul. 20.

in der letzten Zeit gelang, seine frommen Wohlwäter los zu werden! Die Herren Vorsteher fanden es übrigens nicht einmal der Mühe wert, zur Verhandlung zu erscheinen, die darum schon einige Male verlagert werden mußte. Das nächste Mal werden sie von der Gendarmerie vorgeführt werden. Vielleicht kommt ihnen dann, mitten zwischen den aufgefanzten Pajonellen, doch zum Bewußtsein, wie edel und fromm, wie gerade und aufrichtig sie den Diener des Herrgotts behandelt haben, zu dem sie beten, daß er ihren Profil mehre und erhalte.

Wieder ein Vorstoß gegen das Sprachengezetz. Der städtischen Gasanstalt in Bodenbach ist vom Bahnbetriebsamte Bodenbach folgendes vom 27. Oktober datierte Schreiben zugegangen:

„Laut § 36 des Eisenbahn-Betriebs-Regl. III (1) sind die Parteien verpflichtet, die Bestimmungsgattungen in den Frachtbriefen dem Tarife entsprechend zu benennen und werden demnach vorchriftsmäßig auszufertigte Frachtbriefe im Sinne dieses Paragraphen und des Artikels 1, P. 1, unterer einschlägigen Ausführungsbestimmung, wonach die Bezeichnung der Bestimmungsgattung genau der tarifmäßigen Bezeichnung — also in der tschechischen Sprache — entsprechen muß, zurückzugeben. Verzeichnisse über die tarifmäßige Bezeichnung der Bestimmungsgattungen sind in der Buchhandlung Uher in Prag 11, Pojezdni nlice, zu haben.“

Hier liegt wieder ein Versuch vor, die deutsche Sprache aus dem Verkehr mit den staatlichen Ämtern und Anstalten zu verdrängen. Der ganze Vorgang verstößt gegen das Sprachengezetz.

Einen anschaulichen Beweis von der Prekäreität in der tschechoslowakischen Republik gibt die letzte Nummer der einmal im Monat erscheinenden Zeitschrift „Der Kriegsverletzte“, des Bundesorgans der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen. Der Inhalt der ersten Seite ist vollkommen konfusiert, ebenso volle einundneunzig Spalten der zweiten Seite. Man sollte diese Nummer des „Kriegsverletzten“ überallhin möglichst stark verbreiten, damit auch das Ausland an diesem Schandekfeld erkenne, wie sehr es in der demokratischen Tschechoslowakei schon Winter geworden ist.

Die zweite Phase der Demobilisierung wird in der Zeit vom 19. bis 26. November durchgeführt. Gleichzeitig werden die in der Slowakei generalisiert gewesenen Militärkräfte, insbesondere die 1. und 2. Kavalleriebrigade, nach Böhmen und Mähren transferiert damit deren Demobilisierung bis zum 26. November durchgeführt werden kann. Die Feldgendarmerie wird vom 19. bis 22. November in Böhmen, Mähren und Schlesien, vom 22. bis 26. November in der Slowakei und Karpathenland demobilisiert werden. Damit wird die tschechoslowakische Armee auf den Friedensstand gebracht.

Unrichtige Auslegung oder Mähdung? Das Gendarmeriepostenkommando in Markt-Eisenstein gab — jedenfalls über Auftrag der vorgesetzten Behörde — dem Bürgermeister in Markt-Eisenstein die Weisung, die von den Hotels und Gasthöfen gemeldeten Französischen Staatsangehörigen der Berücksichtigung des Ministeriums des Neuheuern mitzuteilen, damit ihnen von dieser Stelle aus die Zeitung „Gazette de Prague“ zuge-

sendet werden kann. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hat sich bei den Ministern des Innern und des Neuheuern dagegen verwahrt, daß den Gemeinden ein derartiger im Geleise nicht begründeter Auftrag, noch dazu im Wege der Gendarmerie, gegeben wird, und stellte fest, daß die Gemeinden zur Erfüllung derartiger Aufträge nicht verpflichtet sind. Vom Ministerium des Neuheuern, Abteilung für politische und wirtschaftliche Verichterstattung, ist nun dem Verbands der deutschen Selbstverwaltungskörper folgendes vom 9. November datierte Schreiben zugegangen:

„Um den in der tschechoslowakischen Republik verweilenden Fremden ihr Blatt auch senden zu können, hat sich letzterzeit die Redaktion der „Gazette de Prague“ an die politischen Bezirksverwaltungen mit der Bitte gewendet, ihr die Wohnort der Fremden anzugeben. In keinem Falle sollte die Redaktion solche Bitte direkt an die Gemeinden, desto weniger mittels der Gendarmerie, unserer Ansicht nach dürfte es sich in der von Ihnen erwähnten Angelegenheit um eine unrichtige Auslegung der oben erwähnten Bitte handeln.“

Es ist nicht ganz klar, ob es sich hier wirklich um die unrichtige Auslegung einer Bitte durch die betreffende politische Bezirksverwaltung handelt, oder ob die Regierung angesichts der Verwahrung des Verbandes der Selbstverwaltungskörper den Rückzug antwort. Jedenfalls ist es für die Gemeinden wichtig, diese Erklärung des Außenministeriums zur Kenntnis zu nehmen, da ihr grundsätzliche Bedeutung zukommt. Die Gemeindevorstände werden sich nunmehr in ähnlichen Fällen an diese Erklärung halten können.

Starke sozialistische Mehrheit in Bremen. Bei den Bürgerwahlen in Bremen erhielten von insgesamt 64.000 Stimmen die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen 31.938, die Kommunisten 4379, die vereinigten bürgerlichen Parteien 19.794, der unpolitische Bürgerbund 3335 und die Grundeigentümer 5076 Stimmen. Das Verhältnis der sozialistischen Abgeordneten zu den bürgerlichen Parteien in der neuen Bürgerschaft ist 44 zu 36.

Einbruch in das Sudweiser Sicheramt. Gestern nachts drangen unbekannt Täter in das Sicheramt in Sudweis ein, erwarben eine Kasse und entwendeten aus ihr 63.000 Kronen. Eine zweite Kasse, in welcher sich ein Betrag von einigen Millionen Kronen befand, blieb unverfehrt, da die Täter offenbar nicht mehr Zeit hatten, sie auszugraben. Nach den Tätern wird gefahndet.

Theater Parodie. Das seit Mitte November veränderte Programm weist einige interessante Neuheiten auf. So den freien Zänkel und Hadermaler Rolf Hofstein, die zwei Redams, die sich als Gladiatoren präsentieren und sich als Kraft- und Muskelathleten mit den besten ihrer Art vergleichen lassen. Rina del Carlo, eine französische dramatische Charakterin, trag mit G. G. G. und Empfindung ihre Rollen vor und hatte besonders mit der Tode-Rolle Erfolg. Eine dritte bringt es fertig, die so überaus großen Jodelnarrinnen mit neuen Tricks zu versehen, was schon an und für sich eine Kunst ist. Alle Parodien gelangen ihm auf den ersten Versuch. Mit derlichen Zügelheit und Eleganz wie der Programm arbeiten auch Fred und Fern, die lustigen Sportatleten. Die zwei Knack-dants Brian, die zwei Neppis, die Greenies Clay und Clay sowie Zent-Gie mit ihrer Szena „Am Dersengimmer“ — hier prahmet sich die weibliche Partnerin besonders aus — erörtern das gut zusammenfassende Ensemble. Aus früheren Programmen wurden Ellen Octavia mit ihrer kleinen, brillant dressierten Managerin, Edith Hagedorn mit ihren lebenswerten Eltern und Kind, Effekten sowie Ranken mit seiner geschickten Zehnensfamilie herübergenommen.

Die Hanna.

Von J. J. David.

Sie hat mich selbst lassen, ohne ein Wort der Entgegnung. Ueberhaupt, sie war nicht zornig zu machen. Und das hat mich auch georgert, und ich hab's für Stumpfheit genommen. Nur etwas Aengstliches hat sie dabei in den Augen gehabt, so wie es natürlich Ainder haben, wenn sie etwas schlecht machen und verstehen, und sie wissen nicht wie so fürchten sich, sie werden es das nächste Mal wieder verstehen.

„Aber los können hab' ich nicht mehr von ihr. Ich hab' es nicht einmal gemüßigt oder daran gedacht. Und man hat so manchmal ein Gefühl, als wär' ein Mensch ein Schicksal für einen, und das ist dann immer richtig, und wir sollen nur nicht klüger sein wollen als das, was da aus uns spricht, und es nehmen, wie es ist und mit einer geheimen Stimme flüstert in uns, oder wir zerreißen die Köpfe, mit denen uns vielleicht unser gutes Glück umspinnen, einfangen und an eben dieser gewissen Stelle festhaften wollen. Sagen, wie das ist, läßt sich das durchaus nicht. Das muß man spüren und beschreiben hinnehmen.“

„Je weniger die Hanna sonst aber zu wünschen übriggelassen hat, desto mehr hat mich dieses ein Verlangen gemartert und gepeinigt. Sie habe sie damit drangsalieren, und jede gute Stunde, die man hätte genießen können, hab' ich uns zerstört. Ohne jeden Nutzen. Ich habe gemußt und bin ihr ausgewichen. Sie war sehr traurig und hilflos. Ich habe sie gerufen, und sie ist wieder gekommen — gottlob und leider Gottes ganz

Anträge zum Parteitag.

(Fortsetzung.)

Nr. 17. Antrag der Bezirksorganisation Teplitz-Schönbau zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag beauftragt die Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, in der Nationalversammlung einen Antrag einzubringen, wonach die tschechische Sprache für alle Volks-, Bürger- und Mittelschulen als relativ obligater Unterrichtsgegenstand eingeführt wird.

Nr. 18. Antrag der Bezirksorganisation Tennen zu Punkt 4 „Der Kampf um die Sozialversicherung“:

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, energische Schritte einzuleiten, um mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Sozialversicherung zur Durchführung gelangt.

Nr. 19. Antrag der Bezirksorganisation Teplitz-Schönbau zu Punkt 4 „Der Kampf um die Sozialversicherung“:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Klubs der Abgeordneten und Senatoren, eine Aktion für die Gewehrung der Alters- und Invalidenversicherung und Witwen- und Waisenversorgung einzuleiten.

Nr. 20. Antrag der Bezirksorganisation Grulich zu Punkt 4 „Der Kampf um die Sozialversicherung“:

Der Parteivorstand wird beauftragt, mit der Zentralgemeinschaftskommission und mit allen proletarischen Parteien des Staates in Fühlung zu treten und gemeinsam einen Vorstoß für die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung vorzunehmen.

Unter Zugrundelegung des Antrages Johannes und Genossen hat mit Zuziehung der Kassenverbände und der Arbeiterorganisationen die Beratung sofort aufzunehmen zu werden und im geeigneten Termine soll im Parlament und in Massensammlungen die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung gefördert werden. Unter der Leitung Dr. Winters wurde die Krankenversicherung auf neue Grundlagen gestellt. Jedoch noch immer emblemen nach jahrelangen Versprechungen die Alters- und Invalidenversicherung in ihren alten Tagen des gelebten Lebens und sind dem denkbar größten Elend ausgeliefert. An dem Ausbau der Sozialversicherung wird in allen Kulturstaaten eifrig gearbeitet. Deutschland blickt mit Stolz auf seine soziale Gesetzgebung und Italien hat die Alters- und Invalidenversicherung eingeführt, in Deutschland ist die Altersversicherung in Vorbereitung und die Arbeiterkassen der Tschechoslowakei darf unter keinen Umständen es dulden, daß diese hunderttausende betreffende Reform weiterhin verstockt wird. Die Bezirksorganisation Grulich ist der Überzeugung, daß unter Zugrundelegung des Antrages Johannes und Genossen das große soziale Werk ohne bedeutende Schwierigkeiten verwirklichte läßt und fordert daher den Parteivorstand auf, alle erforderlichen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, damit diese wichtige Reform endlich ihre Erfüllung findet.

Nr. 21. Antrag der Lokorganisation Unter-Athau zu Punkt 6 „Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft“:

Nur nach dem für den tschechischen Staat demütigen 28. Oktober 1918 haben die ersten tschechischen Staatsmänner, die sich selbst ernannten, unter vielen anderen Reformen auch die Bodenreform, die Sozialisierung in die Welt hinausposaunt und das gläubige Volk nahm das als bare Münze hin. Nach drei Jahre sind ins Land gezogen und nun ist es recht deutlich geworden, daß in diesem republikanischen Staatswesen das Eigentum des Großgrundbesitzes der demokratischen Regierung heilig ist. An der sogenannten Nationalversammlung wurden die Gesetze in rasendem Tempo erlassen, so auch das Gesetz betreffend die Bodenreform. Daß es der Regierung mit der Bodenreform nicht ernst ist, wurde den Gemeinden durch unzulässige Beispiele zum Bewußtsein gebracht. Die politische Grim-

mung der Großgrundbesitzer und ihrer Anhänger hat sich seit dem Oktober 1918 bereits soweit gehoben, daß sie die Durchführung der Bodenreform nach allen Regeln der Kunst zu verhindern wissen.

Welche Stellung hätte die Sozialdemokratie zur Bodenreform einzunehmen und was will die Bodenreform? Das Ziel geht aus dem Beschlag-Bodenreform hervor und soll der Beschlag-Großgrundbesitz an Staat, Gemeinden, öffentliche Verbände und Körperschaften und in sehr beschränkter Ausmaß auf Einzelpersonen erfolgen. Eine Veräußerung des Großgrundbesitzes wollen auch die Sozialdemokraten aus wirtschaftlichen und fortschrittlichen Gründen nicht, sondern nur die Veränderung der Eigentumsrechte. Wenn heute die Gemeinden sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, in deren Territorium sich der Großgrundbesitz erstreckt, würde der gesamte Komplex an diese Gemeinden abgetreten und von ihnen verwaltet, so wäre die Befürchtung einer Veräußerung des Großgrundbesitzes nicht stichhaltig. Der Wald kann von den Gemeinden ebenso rational und fortschrittlich bewirtschaftet werden, wie von dem Großgrundbesitzer, nur würde das Eigentumsverhältnis geändert werden, das Reinertrag nicht mehr der Einzelperson, sondern den hieran partizipierenden Gemeinden zuzuführen und würde dazu beitragen, die Gemeindefinanzen zu sanieren. Nach dem Rechtsempfinden des gesamten arbeitenden Volkes bleibt es ein hipotischer Raub an den Gemeinden, insoweit dieselben nicht in den Besitz des Großgrundbesitzes gelangen; es würde somit nur ein Akt der Gerechtigkeit erfüllt, wenn den Gemeinden der Wald als ihr Eigentum zurückerstattet würde, der ihnen von der Nachkommenschaft der Raubritter geraubt wurde.

Wie sieht die Bodenreform aus? Wenn eine Gemeinde Baugründe von beschlagnehmtem Großgrundbesitz anfordert, da sie selbst aber keine Baugründe verfügt und von herrschaftlichen Gründen umgeben ist, so werden derselben die denkbaren Schwierigkeiten herbeigeführt, trotzdem alle Bedingungen, die vom Staatsbodenamt vorgeschrieben sind, erfüllt wurden. Dies ist wiederum darauf zurückzuführen, daß das Bodenamt eine Einrichtung ist, die nur die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt und vertritt.

Daher möge der Parteitag den Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragen, der Regierung mit allem zu Gebote stehenden Nachdruck begreiflich zu machen, daß bei den sich stäubenden Großgrundbesitzern etwas ernsthafter zuzugreifen wäre, ungefähr so, wie es die Regierung gegenüber der Arbeiterkraft beliebt, ansonsten der Verbaum vollst. gerechtfertigt erscheint, daß von der Regierung nur Spiegelschere betrieben wird.

Nr. 22. Antrag der Bezirksorganisation Neuern zu Punkt 6 „Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft“:

Der Parteitag wolle beschließen: Mit der Ausarbeitung eines Agrarprogrammes wird ein mehrgliedriges Komitee, in welches jede Kreisorganisation drei Mitglieder aus den verschiedenen Gegenden ihres Agitationsgebietes entsendet, betraut. D diesem Komitee werden alle Vorschläge, welche bisher eingebracht worden sind, als Beratungsgrundlagen vorgelegt. Das durch dieses Komitee durchgearbeitete Programm ist sodann dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Nr. 23. Antrag der Bezirksorganisation Landstreu zu Punkt 8 „Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle“:

Jede Kreisorganisation soll in den Zentral-Körperschaften der Partei — Parteivorstand und Parteikontrolle — vertreten sein, damit dadurch die unbedingt notwendige stetige Verbindung der Kreis- und Bezirksorganisationen mit dem Parteivorstand hergestellt wird.

Nr. 24. Antrag der Bezirksorganisation Lundenburg zu Punkt 9 „Allgemeine Anträge“:

Der Parteivorstand möge sich mit den Arbeiter-Turn-, Sport-, Jugend-, Gesang-, Rauschfreunde-vereinen ins Einvernehmen setzen, ob ein Ausschuss für alle Organisationen, statt Monatsbeiträge, möglich wäre.

die alte. Und ich hab' mir gedacht, sie wird mich begreifen, sie muß es und aus freien Stücken überdies, sonst ist es nichts; und vor diesen Gedanken, der nicht wirklich werden will, bin ich immer stütziger und zersahrener geworden.

„Dann hab' ich mir gedacht: gewöhnt man einander, ist man erst immer zusammen, so wird das ganz natürlich und ohne vieles Reden anders. Und weil ich sie doch von ganzem Herzen lieb gehabt hab', und weil man sich sonst wahrhaftig kein besseres Weib wünschen oder erinnern konnte, und weil ich gespürt hab' alles in mir ist nicht für die Stadt, vielmehr fürs Dorf und nur da kann ich was Rechtes und aus mir heraus werden, und weil man da eine braucht, die hieher gehört und über alles Bescheid weiß, und keine Städterin, die sich immer verbannt fühlen möchte und als das Opferlamm, und weil man als genug dafür war und keine Sorgen zu fürchten hatte, so hab' ich sie halt gefragt, ob sie mich heiraten möchte. Sie hat mit dem Kopf geschüttelt: „Nur, tu's lieber nicht! Es wa: ein Unglück!“

„Und warum denn, Hanna?“

„Kann ich nicht sagen, Florian. Aber mir kommt es so vor.“

„Ach was“, und ich suchte die Achseln, „das ist mir so geredet. Oder hast mich nicht lieb?“

„Sie gibt keine Antwort. Nur angelesen hat sie mich sehr tief mit ihren schönen Augen, und ihr und darin die Tränen gestanden. Und sie nicht und hascht meine Hand und läßt sie: „Du darfst nicht glauben, ich hab' nicht oft und oft selber daran gedacht. Und ich dank dir sehr, daß du mir gebrochen hast davon. Gar sehr freut es mich, daß du damit gekommen bist. Aber immer wenn ich

mir's vorgestellt hab', so hat es mir einen Stich gegeben in mir. Das darf nicht sein. So bin ich gut für dich. Aber anders wär's nicht gut. Ich bin zu dumm und zu eigen-sinnig für dich.“

„Zu eigen-sinnig? Du, Hanna?“ Und ich muß lachen.

„Sie nicht sehr ernsthaft mit dem Kopf und fingert: „Näulich, du kennst mich nur noch nicht recht, Florian.“

„So, kenn ich dich nicht?“ Und ich will sie an mich ziehen.

„Sie weicht sich und zählt her: „Sehr eigen-sinnig bin ich, Florian. Frag' nur die Mutter. Und mir will nichts leicht in den Kopf — frag' den Herrn Lehrer, was ich mich gemortert hab' in der Schule. Und ich bin verstockt — dies weiß der Herr Katechet; denn ich begreife nicht einmal, daß ich mich verjündigt hab'. Und was einmal in meinem Kopf drinnen ist, das will gar nie mehr heraus, und es nützt kein Reden.“

„Und sonst bist du nicht?“ Und ich küsse sie herzlich und übermütig.

„Sonst weiß ich nix.“

„Mein Bruder, wie ich's ihm erzählt hab', war sehr glücklich. Denn der hat das immer gewünscht, weil er gesehen hat, ich komme kaum mehr fort von zu Haus, und weil er mich und sie sehr gerne gehabt hat. Und eigentlich hat er sich niemals anders vorgestellt. Und ihre Eltern haben natürlich auch nichts dagegen gehabt, und zum Herbst haben wir eine große Hochzeit gemacht, und gleich darauf ist die Hanna, wie sich's gehört, mit ihrer Mutter nachfahren und bitten gegangen.“

(Fortsetzung folgt.)